

Vorstellung *Das Ende des Endes der Geschichte*

- Dieses Buch bietet eine historisch-politische Analyse der letzten 30 Jahre; es lebt von Beispielen, die die zentrale These unterfüttern, dass die Politik, wie wir sie aus Zeiten des Kalten Krieges kennen, wieder zurückgekehrt sei
- Die Autoren studierten zusammen in Oxford Soziologie, Internationale Beziehungen, Philosophie und Politikwissenschaft; die um die 40 Jahre alten Autoren betreiben seit 2017 den Podcast *Aufhebunga bunga*, in welchem sie Aspekte und Entwicklungen der globalen Politik besprechen und Interviews führen

- Francis Fukuyamas These 1989
 - o Nach Fall der SU ergab sich nicht nur Endpunkt einer internationalen historischen Epoche, sondern auch das Ende der Erzählungen selbst – das öffentliche Aushandeln politischer Ideen und Praxen; der Kalte Krieg war nach Fukuyama nicht nur ein Austarieren der Kräfte mit diplomatischen Strategien und übertrumpfenden Aufrüstungen – nach seinem Ende sei der Kalte Krieg immer schon das gewesen, was er zu sein schien, nämlich ein Kampf zweier ideologischer Systeme, ein Kampf um die beste Art, Gesellschaft zu organisieren
 - Man erinnere sich an Nilsens Vortrag über die Enttäuschung vieler Linker über die angeblichen Versprechen des liberal-demokratischen Kapitalismus – auch Fukuyama meint, dass die gebrochenen Versprechen und die militärischen Bösartigkeiten des Westens sowie die noch mehr gescheiterten Hoffnungen des Kommunismus nicht nur Heuchelei gewesen seien
 - o Man verstand seine These damals weithin als Rechtfertigung des amerikanischen Sieges über den Kommunismus, was keineswegs der Fall war; vielmehr wies er daraufhin, dass der Kal-

te Krieg ein globaler Krieg war – jedes Land, jede politische Partei, Untergrund- oder Rebellengruppe musste davon ausgehend positionieren – „Wer waren deine Verbündeten und Feinde? Wer sollte dich mit Waffen versorgen? Wie würde dein soziales und wirtschaftliches Programm in einer Machtposition aussehen? Wer unterstützte dich bei den UN und wer waren deine Handelspartner?“ → der „Sieg“ der USA war für Fukuyama keineswegs ein positiv oder negativ zu bewertender Erfolg, sondern zunächst nur die Feststellung, dass ein globales Vakuum entstehen würde

- o Erst einige Jahre später fügte Fukuyama dieser Feststellung eine Wertung hinzu: Ohne den großen Wettbewerb der Prinzipien würden sich privatisierter Konsum, Hedonismus und Nihilismus durchsetzen; auf der anderen Seite gab es autokratische Staaten, die die Demokratisierungswelle nach dem Kalten Krieg überlebten, aber dennoch der Demokratie durch Inszenierungen gefälschter Wahlen huldigten; Entwicklungsländer drohten nicht mehr mit anti-imperialistischen Revolutionen, sondern mit Staatszerfall – das Bessere wurde ja bereits erreicht
- Für politische Parteien bedeutete der übriggebliebene liberal-demokratische Kapitalismus, dass nur noch eine Option, ein Muster der Politik und also nur noch die politische „Mitte“ anzubieten war: „Der schrumpfende ideologische Raum, der wiederum den Wahlkampf um die Mitte verschärfte, verlieh dem politischen Leben in den meisten Industrieländern Stabilität, die sich für Meinungsumfragen, kühne Verallgemeinerungen und mit Hilfe ökonometrischer Techniken entwickelte Vorhersagen eignete.“; es gab nur noch ein System, und daran mussten nur noch ein paar Stellschrauben gedreht werden – der Technokratie der Experten war damit Tür und Tor geöffnet → die Autoren nennen das die „zentristische neoliberale Technokratie“, die prägend war für die Zeit der sog. Post-Politik

- Dieses Ende der Geschichte zeitigte aber selbst wiederum ein eigenes Ende: 2007/8 schien die Ära der neoliberalen Technokratie zu bröckeln, aus einer Finanzkrise wurde eine Staatsschuldenkrise, woraus sich im weiteren Verlauf die sog. Euro-Krise ergab; es waren jene Institutionen von Kritik und Fokus betroffen, auf die sich die Experten wie selbstverständlich bezogen: IWF, Weltbank, EU, und überhaupt Globalisierung seien Automatismen, denen man in der eigenen Politik nur zu folgen habe; durch jene Finanzkrisen wurden staatliche Sparmaßnahmen zur Norm, Infrastruktur- und Bildungsinvestitionen gingen zurück, und auch die jahrelange Lohnstagnation, die durch billige Importe aus Ostasien und eine Politik der lockeren Kredite kaschiert werden konnte, trat langsam zutage
- Als Reaktion darauf sind all die besetzten Plätze in den südeuropäischen Ländern zu betrachten, der unerwartete Aufstieg Jeremy Corbyns innerhalb der Labour-Party oder Syriza in Griechenland – auf der politisch rechten Seite waren es Donald Trump, Benjamin Netanyahu, Jair Bolsonaro oder Viktor Orbán, die aus derselben Instabilität der neoliberalen Technokratie Gewinn ziehen konnten
- Spätestens als Links-, Rechts- und Yuppie-Populismus (wie der Macrons) sich durchgesetzt haben, kann man von einem Ende der Post-Politik sprechen – die Autoren machen genauer gesagt drei Enden des Endes der Geschichte aus: 2008, 2016, 2020 mit der Pandemie, als offensichtlich wurde, wie schwach der neoliberale, globalisierte Kapitalismus auf Gefahren reagiert – die Politik ist nach der Post-Politik nicht wieder zurückgekehrt, vielmehr stellt sich die sog. Anti-Politik als eine weitere Fragmentierung der so schon atomisierten technokratischen Gesellschaft dar; während also die Zeit der Post-Politik eine durch Langeweile und ideologischer Stagnation geprägte Periode war, versucht Anti-Politik diese Stagnation aufzubrechen, jedoch ohne die bestehenden Institutionen grundsätzlich zu hinterfragen – Politik ohne Politik, oder eben Anti-Politik

- Anti-Politik bezeichnet dabei nicht nur das, was in den Medien Populismus geschimpft wird; die Autoren vermeiden bewusst diesen Begriff, weil er auf so viele verschiedene Bewegungen und Parteien angewandt wurde, dass er vage bleibt – vielmehr sagt der Begriff des Populismus etwas über seine Verwender aus als über die Bezeichneten; Populismus erlaubt, unterschiedliche Lager als Seiten einer Medaille zu sehen, als Globalisierungsgegner, die einfach nicht verstanden haben, dass der post-politische Markt alles regelt; Anti-Politik ist demnach nicht nur der Populismus, sondern auch der zentristische Anti-Populismus – beides aber entstand aus den ruhigen Gewässern der zentristischen Post-Politik eines Tony Blair oder Bill Clinton, wo Anti-Politik immer schon implizit enthalten war (S. 47); wo also vor der Finanzkrise die Hauptfrage der Technokraten war: „Wie können wir die Bürger wieder dazu bringen, sich zu interessieren?“, hatten es Regierungen in den folgenden Jahren weltweit mit wütenden Bevölkerungen zu tun, die die Legitimität der politischen Klasse infrage stellten; insofern Post-Politik eine Strategie der Entpolitisierung war, bekam sie ihre Botschaft in umgekehrter Form wieder zurück, in Form einer vor Ambivalenz strotzenden Wut, die einerseits politisierend, andererseits auch wiederum entpolitisierend wirken kann:
- Beispiel Anti-Politik: Korruptionsbekämpfung
 - o Das globalpolitische Magazin *Foreign Policy* ernannte das Jahr 2019 zu dem Jahr des Protests und verwies auf eine Welle „führerloser“ Bewegungen in Ecuador, Chile, Bolivien, Haiti, Frankreich, Irak, Iran, Sudan, Hongkong, Indonesien usw.; das Magazin machte in diesem Wirrwarr ein universelles Ziel aus: Korruptionsbekämpfung
 - o Wie so oft ist Italien für diese Form der Anti-Politik beispielgebend: 1992 tat sich ein Teil der Justiz zusammen, um die damalige Mitte-Links-Koalition von Korruption zu „säubern“; das Richter-Kollektiv nannte sich *Mani Pulite* (Saubere Hände) und sah sich als moralisches Zentrum Italiens gegen das korrump-

pierende Kapital der Bourgeoisie; durch *Mani Pulite* wurde die sog. *Tangentopoli* (Bestechungsviertel) ausgehoben, wobei nur 14% aller Anklagen auf einen Freispruch hinausliefen – es war der bis dahin größte Anti-Korruptions-Feldzug der Nachkriegsgeschichte; doch bereits ein Jahr später, 1993, bekam Italien seine erste technokratische Regierung – in dieser Entwicklung liegt kein Zufall, so die Autoren

- o Ein Erbe dieses Ereignisses war der Kabarettist Beppe Grillo, der zwei Jahre vor Gründung seiner Partei *Movimento 5 Stelle* den sog. V-Tag (*vaffanculo* „Fick dich selbst“) ausrief, wobei insgesamt 5 Mio. Menschen in ganz Italien gegen Korruption und für ein reformiertes Wahlsystem demonstrierten; Grillo wurde dabei Demagogie und Populismus vorgeworfen – was deshalb ironisch ist, weil diese Demonstrationen Anti-Berlusconi-Demos waren; Grillo aber begegnete diesen Vorwürfen, dass er gegen die politische Klasse, nicht aber gegen Politik an sich sei; Grillo beharrte gleichzeitig darauf, weder mit Linken noch mit Rechten identifiziert zu werden, sondern sah sich als Vermittler des wütenden Volkes gegen die korrupte Elite; Grillos Anti-Korruptions-Politik nahm ein tragisches Ende, als seine Partei 2018 eine anti-politische Regierungskoalition mit Matteo Salvinis *Lega* einging und sich in ihr auflöste, d.h. in Umfragewerten immer weiter sank
- o Korruptionsbekämpfung war aber nicht immer ein Sammelbegriff für Unzufriedene (S. 94)
- o Auch wenn die Korruptionsbekämpfer keine neoliberalen Intentionen hatten, nutzten sie aber den Technokraten, die sich selbst bereits von jeglicher Politik verabschiedet hatten; das Ziel der Technokraten war ja ein reibungsloses Management der Gesellschaft, und da die Delegitimierung einer korrupten politischen Klasse nicht selten zu einer Delegitimierung von Politik überhaupt nach sich zog, führte Korruptionsbekämpfung

ebenso häufig entweder zu post-politischer Technokratie wie in Moldawien (S. 96) oder zu einer anti-politischen „illiberalen Demokratie wie in Ungarn (S. 97); des Weiteren schwächt die Anti-Politik der Korruptionsbekämpfung nicht nur die Politik, sondern auch sich selbst als Bewegung: ständige Skandalisierung kann demoralisierend wirken, und das ist wohl eines der Hauptresultate von Korruption selbst: gekaufte Politik kommt einer Privatisierung der Öffentlichkeit gleich, was mittelbar – über Skandalisierung – oder unmittelbar – durch Rückzug ins Privatleben – zu Verdruss führt (falls noch Zeit, dann BRA-Beispiel S. 101)

- Beispiel Horizontalismus

- o Das Ideal der *horizontalidad* entstand als Begriff zuerst aus den anti-neoliberalen Aufständen in Argentinien 2001, wo neben diesem Begriff der Slogan *Que se vayan todos* (Sie müssen alle gehen) als anti-politischer Slogan attraktiv wurde; Occupy Wallstreet, die Farbenrevolutionen, vor allem die des Nahen Ostens, galten dann als weitere Vorbilder für Revolten ohne Führer
- o Horizontalismus ist also zunächst ein Merkmal der Demonstrationskultur während der Zeit der Post-Politik; Horizontalismus bedeutet zusammengefasst „die Betonung der Entscheidungsfindung durch Konsens, die Ablehnung jeglicher Hierarchie, die Verherrlichung der Führerlosigkeit und die Wertschätzung der Beteiligung um ihrer selbst willen“; diese Merkmale sorgten dafür, dass sich die Proteste schnell ausweiten konnten, was Hand in Hand ging mit der ideologisch unklaren Haltung dieser Demonstrationen; es war aber ebenjene Ausweitung, die gleichzeitig den Untergang dieser Protestform nach sich zog; da, wo das Erreichen politischer Ziele zweitrangig wurde und es vielmehr um den vielerorts geteilten Frust ging; die horizontalistischen Demonstrationen gingen auf vier Arten zugrunde:

1. sie lösten sich auf, nachdem ihre anfängliche Energie verbraucht wurde,
 2. Sie wurden unterdrückt wie in der Türkei,
 3. Sie wurden vereinnahmt wie Bolsonaro in Brasilien,
 - oder 4. Sie führten zu einem Bürgerkrieg wie in Syrien oder Ukraine
- o Die Autoren wollen den Willen zur Teilhabe an sich nicht schmälern, sondern darauf hinweisen, dass das, was anti-politische Demonstrationen so erfolglos bleiben ließ, ihr Insistieren darauf war, ohne funktionale Differenzierung, ohne Repräsentation und ohne politische Autorität auskommen zu wollen; lacanianisch gesprochen ließe sich der Horizontalismus auch als eine Abwehr gegen die Position des Herren fassen
- Konsequenzen für Klasse & Kultur
 - o Die durch das Scheitern der Post-Politik entfachten Leidenschaften führten nicht zu einer Rückkehr der Politik, insofern Politik mindestens mittelbar den Klassenkampf zu besänftigen versuchte, sondern zu einer Rückkehr der Kulturkämpfe
 - o Parteien entwickelten sich weg von Massenparteien zu zersplitterten „Kartellparteien“ (Powi Peter Mair, bedeutet, dass Parteien sich mehr und mehr untereinander absprechen) – während des Endes der Geschichte kamen – hegelianisch gesprochen – die Parteien zu ihrem Begriff (lat. *Pars*); die Parteien, die wiederum während des Zerfalls der Massenpartei neu auftraten, wie Podemos oder die 5-Sterne-Bewegung, enthalten eine klar anti-politische Agenda, indem sie vor sich her tragen, sie seien die Alternative für das „Volk mit gesundem Menschenverstand“ im Gegensatz zum „Krebsgeschwür, das unser Land zerfrisst und das Leben ehrlicher Menschen unmöglich macht“ (B. Grillo) – nur wird durch eine solche binäre Darstellung Politik als etwas gesehen, das „Probleme lösen sollte“ und also technokratisch zu behandeln sei; so entwickelten jene Parteien eine Art Techno-Populismus – durch Apps, Software, Internetplattformen versucht man das, was in der Powi „Desin-

termediation“ geschimpft wird: das Ausschalten von Mittelsmännern zugunsten einer vorgeblichen Reduktion von Karrierismus in der Politik; aber es ist genau dieser Versuch, der einen Hyper-Karrierismus überhaupt erst ermöglichte, da die Parteimitglieder auf bloßes Stimmvieh reduziert sind, ein Aufstieg innerhalb der Partei durch das Ausschalten von Zwischetritten unwahrscheinlicher und die Partei als Ganze umso abhängiger von *einer* Person gemacht wurde; Figuren wie Sanders, Corbyn, Inglesias, Mélenchon und in Deutschland Wagenknecht waren oder sind nicht nur Parteiführer, sondern Hoffnungsträger, sie strahlen auch keineswegs Glamour aus, sondern Vernunft, Zivilcourage und Authentizität, in welchem sich das „Volk“ gern repräsentiert fühlt; die Autoren fügen schnell hinzu, dass sie diese Begeisterung nicht verunglimpfen wollen – es sei wichtig, an etwas zu glauben, *sich düpierten zu lassen*, da der Zynismus der Anti-Politik nichts als selbstzerstörerisch sei; die postmoderne halbironische Verherrlichung von Führerfiguren wie Corbyn lässt aber offen, ob sie für eine Massenpolitik förderlich ist

- o Ein weiterer Faktor, der Kultur- statt Klassenkämpfe begünstigte, war der weltweite Rückgang von Wahlbeteiligung und Partizipation an Parteipolitik seit den späten 1960ern, in den 1990ern und 2000ern wurden Antiglobalisierungsbewegungen und Konsumaktivismen als *Neue Politik* gepriesen, wobei übersehen wurde, dass eine Politik für die Masse verschwunden ist und zersplitterte Gruppen Rasse, Geschlecht, Ökologie an diese Stelle setzten; die Oppositionskultur beschränkte sich auf Partikularismen, unterbrochen – oder vielmehr perpetuiert – durch hin und wieder organisierten Großdemonstrationen wie die Anti-Irak-Invasions-Demonstrationen 2003, die mit zu den größten überhaupt gehörten aber nur flüchtig und unwirksam blieben; ober- und mittelständischer Konsumaktivismus, der

ein moralisches Selbst pflegte, war ein Moment der Verabschiedung linker Protestkultur von der Mehrheit der Arbeiterklasse; auch der Intersektionalismus, der anfangs verschiedene Unterdrückungsmechanismen als ineinandergreifend zusammenfassen wollte, fand bald seinen rechtsgerichteten Zwilling in der Identitätspolitik; doch es war eher die linke Identitätspolitik als die rechte Politik der Identitären, die von Mainstream-Medien und PR-Agenturen genutzt wurde, um dem Populismus einen „vernünftigen“ progressiven Neoliberalismus entgegenzustellen; das nutzte wiederum den rechten Identitären, insofern sie – nicht ganz zu Unrecht – ein Kontinuum von Davoser „Globalisten“ bis Black Lives Matter behaupteten; Bewegungen auf beiden politischen Seiten waren durch den Mittelstand geprägt, womit nicht gemeint ist, dass keine Vertreter der Arbeiterklasse dabei gewesen seien, sondern dass diese Bewegungen nicht *aus ihr heraus noch für sie* begonnen – *Aufstehen!* Ebenso wie Pegida oder Querdenken 711 wurden von mehr oder weniger erfolgreichen Unternehmern oder Politikern gegründet – die Hoffnung, die alle gemein hatten, war schlicht jene, „wieder“ zum Mittelstand gehören zu dürfen; in einer Studie von 2019 über die Entstehung und Reformierung von Demokratie zeigte sich, dass eine hohe Beteiligung der Arbeiterklasse eine politische Umwälzung fast immer nach sich gezogen hat, während das bei einer dominanten Beteiligung des Mittelstandes nicht der Fall war; ebenso aus 2019 ist eine systematische Studie, die zeigt, dass bei wirtschaftlich fokussierten Protesten Vertreter der Arbeiterklasse überwiegen, während bei kulturellen Protesten vor allem Mittelschichtsvertreter zugegen sind; deshalb konzentriert sich die politische Linke immer mehr auf die im großstädtischen Milieu angesiedelten und zumeist im öffentlichen Dienst arbeitenden Menschen, statt aufs Hinterland der Dörfer und Kleinstädte, aus denen

dann aber solche Proteste wie die der Gilets Jaunes kommen (S. 147);

- o Die Autoren bedienen sich des Begriffs der *professional managerial middle-class* von Barbara und John Ehrenreich aus den 70ern; in den letzten 20 Jahren habe sich die PMC gespalten in einen aufstrebenden und einen absinkenden Teil; während die traditionelle Mittelschicht bestehend aus Kleinunternehmern, Handwerkern, kleinen Grundbesitzern immer weiter absinkt, steigt ein anderer auf, nämlich der Teil, der nicht zur wirtschaftlichen, sondern vor allem zur kulturellen und moralischen Produktion da ist; man findet diesen Teil der PMC vor allem in Medienanstalten, im öffentlichen Dienst, an Universitäten und NGOs; es ist vor allem dieser Teil, der den Zorn der anti-politischen Revolten – vor allem von rechts – auf sich gezogen hat, da diese PMC mit der links-liberalen Elite identifiziert wird; dass die Suche nach ideologischen Kämpfen und weniger nach wirtschaftlicher Gerechtigkeit so viel Aufmerksamkeit bekommt, lässt sich daran erkennen, dass „die Wirtschaft“ selten in den Fokus anti-politischer Proteste gerät, sondern als unpolitischer Ort wahrgenommen wird, in welchen man sich zurückzieht, um Investitions-Gurus zuzuhören; auch Thomas Piketty konnte schließen, dass die Linke als Hort der intellektuellen Elite wahrgenommen wird, während die kaufmännische Rechte als Hort der befreienden Amoralität Beliebtheit erlangen konnte; eine Polarisierung zwischen gutbürgerlichen, hochgebildeten Linksliberalen und kleinbürgerlichen, weniger gebildeten Rechten, die traditionell keine Politik für die unteren Einkommensschichten gemacht haben, zeichnet sich ab, ein Unterschied, der oft auch als einer zwischen Globalisten vs. Nativisten interpretiert wird – ein Kultur-, aber keineswegs ein Klassenkampf – deshalb kein Klassenkampf, weil die Unterschicht quasi keine politische Beteiligung, geschweige

denn Wahlbeteiligung, aufzeigt, und dieser Kulturkampf im Wesentlichen innerhalb der Mittelschicht stattfindet

- o S. 156 und dann ab S. 157 unten
- Aussichten: Ideologien der nahen Zukunft – **nur die Kurzversion**
 - o In Zukunft ist eine stärkere Verbindung von anti-politischem Populismus und post-politischer Technokratie zu erwarten; durch das Ende der Geschichte ist eine neuartige Leere entstanden, die die Linke bis heute nicht bereit gewesen ist, zu füllen; wenn sie das auch in Zukunft nicht schaffen wird, steht nicht nur den nicht-westlichen Ländern eine Zeit illiberalerer Systeme bevor; auch wird das traditionell-moderne Links-Rechts-Schema eine Bedeutungsverschiebung erfahren: Mitte-Links-Bündnisse werden womöglich für den Status quo antea kämpfen, während es die Rechten immer mehr für sich zur Aufgabe gemacht haben, reformistische oder reaktionäre Alternativen zum liberalen Kapitalismus vorzuschlagen – man denke auch an Žižeks Buch *Wie ein Dieb bei Tageslicht*, wo er ausführlich auf die Sozialreformen der polnischen Pis-Partei eingeht und ganz ähnliche Bemerkungen zum bröckelnden Links-Rechts-Schema macht;
 - o Die Autoren machen drei Tendenzen für die Zukunft aus, wie auf den Zusammenbruch der neoliberalen Ordnung wahrscheinlich reagiert wird
 - Postneoliberaler Konservatismus mit eher linkeren staatskapitalistisch organisierten Finanzierungen der Wirtschaft, um regionale Ungleichheiten, die in den letzten Jahrzehnten immer größer wurden, abzumildern; um dies zu erreichen, werden die politischen Eliten mit der einkommensschwächeren Hälfte der Gesellschaft kooperieren müssen, was in kulturellen Fragen eine Verschiebung nach rechts bedeuten könnte

- Linksliberale werden ihre Aufgabe im Ausbau einer progressiven Technokratie sehen; d.h. Politik als Konfliktbewältiger, wobei es die Linke sein wird, die noch die letzten Versuche einer Rettung des Neoliberalismus unternehmen werden, um Globalisierung, multikulturelle „Toleranz“ und „evidenzbasierte, rationale“ Politik zu fahren
 - Je nach dem wie ein neues rechtsgerichtetes Establishment die populistischen Energien einzubinden imstande ist, wird es der extremen Rechten gelingen, einen fremdenfeindlichen, malthusianischen Diskurs zu erweitern und einen autoritären Populismus weiterzuführen, der den Mangel an politischer Autorität zu kompensieren versucht; dies wird der extremen Rechten nur gelingen, wenn sie das Kleinbürgertum auf ihrer Seite weiß, die nicht erst seit der Corona-Krise verprellt wurden durch staatliche Zugeständnisse ans Großbürgertum
- o bereits während der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass linksliberale und sozialistische Bewegungen nur auf Feinabstimmung der Pandemiebekämpfung der Mitte-Rechts-Regierungen bestanden, aber über moralische Kritiken nicht hinausgehen wollten; die Autoren sehen dafür eine Blaupause für die kommende Klimapolitik – Mitte-Rechts sagt an, Mitte-Links folgt und kritisiert höchstens Tonalität
 - o wenn die Linke ihre Begeisterung für die Nation nicht mehr entdecken wird, wird sie auch keinen materiellen Boden für ihre Forderungen haben können; die heutige Linke versucht bereits, auf die internationale Ebene auszuweichen, um keine nationalen Mehrheiten organisieren zu müssen, mit der Idee, dass internationale Errungenschaften notwendigerweise national durchgesetzt werden müssen: die von Yanis Varoufakis 2016 gegründete paneuropäische Linke *DiEM-25* ist Zeuge eines solchen Versuchs, aus deren Scheitern erwuchs die 2020

gegründete *Progressive Internationale*, die versucht, weltweite progressive Kräfte zu bündeln und zu mobilisieren – dieser Rückzug von der nationalen Ebene wird der Linken ein Todesstoß sein

o S. 174-175

- Mitte-Rechts wird in Zukunft die dominierende Kraft darstellen, die Linksliberalen werden die stärksten Verteidiger des vormaligen Neoliberalismus sein, während die extreme Rechte unterschiedliche, in jedem Fall autoritäre Widerstände vorschlägt; trotz allem sollte die radikale Linke nicht verzweifeln – die Autoren teilen Žižeks Verteidigung des Spruches von Mao: „Es gibt große Unordnung unter dem Himmel – eine exzellente Situation!“ – es tun sich neue Chancen auf – es ist für die Linke daran zu tun, diese zu nutzen